

Land Brandenburg
Ministerpräsident
Herrn Dr. Dietmar Woidke
Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Luckenwalde, den 26.09.2016

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie Teltow-Fläming sieht sich in der Pflicht, zur geplanten Kreisgebietsreform Stellung zu nehmen, weil das Vorhaben uns als Bürger Brandenburgs in gleicher Weise wie unsere Arbeit im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ unmittelbar betrifft.

Uns bewegen folgende Gedanken:

Die Kreisgebietsreform geht alle Brandenburger an. Im Leitbild zur Kreisgebietsreform war ein breiter öffentlicher Dialog angekündigt worden, der sich unserer Auffassung nach nicht in einigen Regionalkonferenzen mit vorwiegend Vertretern aus Politik und Verwaltung und Presseinformationen erschöpfen sollte. Der Gestaltungsprozess einer solchen Reform selbst sollte die demokratische Teilhabe der Betroffenen beinhalten. Und betroffen sind alle Bürger der Kreise.

Aus eigenem Erleben wissen wir, das gerade die Wahrnehmung des Ehrenamtes auf Kreisebene einen hohen Fahrt- und damit Zeit- und Geldaufwand mit sich bringt. Moderne Kommunikationswege können dabei nicht den persönlichen Kontakt ersetzen und sollten das im Interesse der Stärkung eines demokratischen Miteinanders auch nicht tun. Uns ist nicht klar, wie die „vertretbaren Bedingungen“ ehrenamtlicher Tätigkeit beispielsweise bei einem Kreis, der von Berlin bis Sachsen reicht, aussehen sollen. Schon heute kommen für Mitglieder unseres Begleitausschusses Fahrten von 150 bis 200 Kilometer für eine Zusammenkunft zusammen. Darüber hinaus haben es Personen, die auf den im ländlichen Raum stark ausgedünnten öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, noch schwerer teilzunehmen. Bürger für ein Ehrenamt zu gewinnen, wird künftig zweifellos schwieriger werden.

Ein Kreis ist nicht nur eine Verwaltungseinheit, er bedeutet für seine Einwohner vielfach regionale Bindung - Bindung an gewohnte Strukturen. Gerade für ein gedeihliches gesellschaftliches Miteinander ist das von besonderer Bedeutung. Wie am Beispiel Vorpommerns zu beobachten ist, ziehen Kreisgebiets- und Verwaltungsreformen Veränderungen auf allen Ebenen die Tendenz zur Zentralisierung nach sich. Wo es vor 20 Jahren noch selbständige Dörfer mit Gemeinderat und Bürgermeister gab, eine eigene Feuerwehr und einen Jugendklub, herrscht heute eine demokratische Wüste vor. Auch Kreis- und Gemeindegebietsreformen haben mitverursacht, dass Bürger sich vor Ort nicht mehr engagieren, weil es die Struktur für ein Engagement nicht mehr gibt und gewachsene Netzwerke zerstört wurden. Politische Entfremdung ist die Folge. Gerade Vorpommern zeigt: Bürgernähe ist nicht mehr erkennbar. Die Transparenz von Verwaltungshandeln bleibt für den Bürger auf der

Kontakt:

Koordination und Fachstelle
LAP TF / Partnerschaft für Demokratie
Büro: Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Raum A-1-02
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Kurt Liebau
Telefon: (03371) 608 1071
Mobile: 0152 36 320 359
E-Mail: lap-teltow-flaeming@gmx.de

Strecke. Der kommunale Zusammenhalt geht verloren. Rechtsradikale und fremdenfeindlich orientierte Gruppierungen erhalten leichter Oberwasser.

Statistisch gesehen ist zu erwarten, dass durch den demografischen Wandel immer mehr Menschen von Altersarmut und fehlender gesundheitlicher Betreuung auf dem Land betroffen sein werden. Bei einer Zusammenlegung von Teltow-Fläming und Elbe-Elster beispielsweise besteht die Gefahr, dass besonders ältere Menschen gesellschaftlich Anschluss verlieren. Auch durch den immer weiter reduzierten öffentlichen Nahverkehr können die Bürger ihre Belange nicht mehr wie bisher selbst klären.

Eine Gebietsreform in dieser Größenordnung erscheint nur dann sinnvoll, wenn bürgerintensive Bereiche wie Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt, Jobcenter und Arbeitsagentur wieder zurück in die untere kommunale Ebene gegeben werden.

Es ist fraglich, ob der mit der Verwaltungsstruktur beabsichtigte „Ausgleich im ganzen Land“ in den geplanten Kreisen allen Bürgern gleiche Leistungen bietet und so ein akzeptables Niveau von Kosten und Leistungen trotz sinkender Bevölkerung erreicht wird. Denn weniger Landkreise bedeutet nicht automatisch weniger Bürokratie. Schon jetzt ist der Landkreis Teltow-Fläming aufgrund der Verantwortlichkeit für die derzeitige Bevölkerung in den ländlichen Gebieten personell nicht in der Lage, seinen Verwaltungsaufgaben voll und ganz nachzukommen.

Schon seit Jahren werden gesellschaftliche Aufgaben nur noch durch Vereine mit ehrenamtlichen Helfern durch Projekte getragen, die lediglich durch sehr bürokratische Projektzuwendungen des Bundes bzw. des Landes staatlich gefördert werden. Die Förderung von Projekten (z.B. Integration, politische Bildung von Kindern und Jugendlichen), ist wichtig und ein guter Ansatz. Projekte sind gut und förderlich, jedoch ohne die Verwaltung nur schwer zu verwirklichen. Die Nachhaltigkeit der Projekte bleibt dabei oft auf der Strecke. Die Verwaltung, die originär für die gesellschaftliche Aufgabenerledigung verantwortlich ist, zieht sich immer mehr zurück. Transparenz der Verwaltung und Bürgernähe gehen gleichfalls immer mehr zurück. Eine Kostenreduzierung ist nach einigen vorliegenden Studien eher unwahrscheinlich, während der finanzielle Aufwand für Teilhabe für den einzelnen Bürger zunimmt.

Die Mitglieder des Begleitausschusses schlagen vor zu einem Termin Ihrer Wahl in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre die von uns aufgeworfenen Fragen zu diskutieren und nach Möglichkeit zu klären.

Mit freundlichen Grüßen



Vorsitzender des Begleitausschusses



Stellv. Vorsitzende des Begleitausschusses